Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertel jährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatlich M. 16.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.00, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 72... Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 492 — **Donnerstag, den 21. Oktober** — **1920**

Sturm in England

Bericht. In England ist ein Streik von ungeheuren Ausmessungen ausgebrochen. Ueber 2 Millionen Mann verweigern die Arbeit oder sind ausgesperrt. Die Grenze der Bewegung ist damit noch nicht gezogen. Zu den Bergarbeitern kamen die Transportarbeiter; Werke der Metallindustrie, Spinnereien, Handelsunternehmungen liegen still; viele Schiffe können weder laden noch löschen; wahrscheinlich folgen auch die Eisenbahner der Streikparole. Die Lebensmittelpreise steigen, die Kohlen für den Hausbrand wurden streng rationiert, es gab Unruhen, die Erregung wächst. In den Kasernen wird das Militär bereitgehalten, Urlaub wird nicht gegeben. Als Antwort auf die umgeworfenen Mauern und die eingeschlagenen Fenster verschiedener Regierungsgebäude hat Lloyd George erneut den eisernen Willen des Kabinetts ausgedrückt, den Streik mit allen Mitteln abwürgen zu wollen. Daneben laufen jedoch noch immer Versuche, zu Verhandlungen zu kommen, wenn auch die Aussichten auf Erfolg schlecht sind. England, das so schön im Zuge war, von den Kriegsleiden sich zu erholen, erzittert in seinen wirtschaftlichen Grundfesten.

*

Begründung. Sie liegt für die Streikleitung in den Lohnverhältnissen. Auch England blieb von einer stetig gewachsenen Teuerungswelle nicht verschont, alle Bedarfsartikel und vor allen Dingen sämtliche Lebensmittel stiegen im Preise. Natürlich ist auch der Arbeitslohn in die Höhe gegangen und sehr beträchtlich sogar. Daß er nicht so weit stieg, um den Arbeitern eine Lebensführung zu ermöglichen, wie sie vor dem Kriege allgemein war, ist richtig. Welches Land, das Krieg geführt hat, wäre in dieser glücklichen Lage? Die englischen Bergarbeiter verschließen sich dieser Erkenntnis vom Wesen heutiger Kriege und tun so, als wollten sie die Verhältnisse zwingen. Zuerst handelte es sich um eine Mehrforderung von 1½—2½ Schilling pro Tag. Bevor es aber noch zur richtigen Verhandlung kam, wuchsen die Ansprüche; es hieß in ihrer Begründung, daß den Arbeitern mit einer derartigen kleinen Aufbesserung nicht geholfen sei, denn die Teuerung werde in wenigen Wochen ärgere Zustände geschaffen haben, als die vorher vorhanden gewesenen. Helfen könne nur eine gründliche Lohnreform, die eine Uebereinstimmung mit den Lebensmittelpreisen bringe. Die Regierung bestritt diesen Grad der Notlage und wollte die Frage durch ein Schiedsgericht geprüft wissen. Gleichzeitig ließ Lloyd George einen Vorschlag an die Arbeiter machen, in dem er eine nach der Arbeitsleistung gestaffelte Lohnliste vorlegte. Sein Versuch, auf diese Art die Arbeiter mehr für die Produktion zu interessieren, schlug fehl; die Arbeiter lehnten ab, obwohl in der Skala Löhne bewilligt waren, die oft erheblich über die Forderungen hinausgingen. Das Festhalten an ihren eigenen Forderungen begründet die Streikleitung immer wieder mit dem Hinweis auf die schlechten Lebensmöglichkeiten; den Vorwurf ungenügender Produktionsleistungen weist sie zurück oder sieht die Ursachen in dem durch die elende Daseinsfristung gegebenen Kräftemangel.

*

Motiv. Zwischen der Begründung des Streiks und seinem Motiv besteht zwar ein Zusammenhang, natürlich, aber auch ein erheblicher Unterschied. Ist die Begründung wirtschaftlicher Art, so ist das Motiv rein politisch. Aber wie man schon bei Streiks in anderen Ländern gern die Motive verschleiert, so erst recht in England. Und gerade bei diesem Streik, der die Oeffentlichkeit in stärkstem Maße trifft, erforderte es die Klugheit, die Sympathie des Volkes nicht von vornherein zu verlieren. Die Streikenden wissen genau, daß es diesmal um Sein oder Nichtsein der Macht geht, deshalb blasen sie immer wieder das Lied vom Hunger. Das Publikum weiß es aber auch, und selbst die arbeiterfreundlichen Liberalen sind nicht gewillt, an den Lohnstreik zu glauben.

In der Tat handelt es sich auch um etwas ganz anderes. Seit 1919 ist der Kampf im Gange, und sein Ziel ist die Sozialisierung. Zugegeben werden muß, daß die englischen Unternehmer aus den Kohlenwerken herausholen wollten, was nur irgendwie möglich war. Das Kohlengeschäft ist eine Hauptquelle des englischen Handels, und die gewaltige Nachfrage ließ die Möglichkeit hoher Preise zu. Schließlich aber hatten sie einen Grad erreicht, der die englische Kohle im Auslande nicht mehr konkurrenzfähig machte. Die eintretende Stockung im Ausfuhrgeschäft versuchten die Unternehmer durch Preiserhöhung für den inländischen Bedarf auszugleichen. Hier setzten nun die Schwierigkeiten ein, und die von den Arbeitern erhobene Beschuldigung, daß durch die Verteuerung der Inlandkohle für Industrie und Haus die allgemeine Verteuerung verschärft wurde, ist nicht unberechtigt. Die Unternehmer wieder sagen, sie seien durch ungenügende Produktion und hohe Löhne zu einer solchen Preispolitik gezwungen.

In diesen Streit um Ursachen und Wirkung warfen die sozialistischen Agitatoren ihre Saat. Sie ist überraschend gut aufgegangen, wie wir jetzt sehen. Die Bergarbeiter waren in der englischen Gewerkschaftsbewegung von jeher die Führer, sie waren auch die radikalsten. Erklärlich also, wenn sie aus den Schwierigkeiten die Möglichkeit erwachsen sahen, zur Verwirklichung ihrer Ideen zu gelangen. Mit der Forderung der Vollsozialisierung konnten sie heute noch nicht durchdringen, deshalb einigten sie sich auf das Ziel einer Sozialisierung auf kaltem Wege. Die von ihnen geforderte Lohnregelung verzehrt die Unternehmergewinne restlos; ferner verlangen sie das Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung der Gruben und an der Preisfestsetzung. Um der Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, verbanden sie sich schon vor langem mit dem Transportarbeiter- und mit dem Eisenbahnerverband. Die Macht dieses Bundes ist groß, und wenn Transportarbeiter und Eisenbahner heute mit eigenen erhöhten Lohnforderungen den Streik der Bergarbeiter unterstützen, so ist selbstverständlich, daß auch ihre Motive und ihre Ziele die der Sozialisierung sind. Gefährlich für England wird der Kampf durch die Arbeit ausgesprochener Revolutionäre, die ihre ganze Kraft anspannen, die Bewegung zur Entfachung der Revolution zu benutzen.

*

Wirkungen. Zwischen einem englischen Arbeiter und einem deutschen ist ein großer Unterschied. Internationale Ideen werden selbst den englischen Grubenarbeiter nicht zu Tollheiten im Dienste Rußlands verleiten, wie unsere Kommunisten sie vorhaben. Trotzdem muß konstatiert werden, daß auch die englische Arbeiterschaft in den beiden letzten Jahren radikaler und revolutionärer geworden ist. Rußland hat seine Sendboten nach England geschickt, wie in jedes andere Land, und der Rubel hat seine Kraft gezeigt. Aktionsräte wurden gebildet und ihre Programme ganz nach russischem Muster gestaltet. In übereilter Propaganda und Organisierung wurden aber Fehler gemacht, die vorzeitig die Aufmerksamkeit der Staatsstellen und der Oeffentlichkeit weckten. Der Plan ging, wie überall dort, wo Sowjetrußland arbeitet, dahin, die Unzufriedenheit zu Streiks und die Streiks zu revolutionären Aktionen auszunutzen. Im entscheidenden Augenblick sollten dann durch das Ineinandergreifen der verschiedenen Arbeitergruppen Produktion, Handel und Verkehr lahmgelegt, die Nahrungsmittelstellen besetzt und die Regierungssitze mit Gewalt genommen werden. Die Ausweisung der Begleiter Krassins und der Abbruch der Londoner Verhandlungen zwischen England und der russischen Vertretung waren nicht so sehr Zeichen des Mißtrauens Lloyd Georges, wie selbstverständliche Abwehrmaßregeln.

Ist aber selbst der nationale Sinn des englischen Arbeiters noch immer stark genug, die Bewegung nicht bis zu offener Revolution gedeihen zu lassen, so wäre schon ein voller Erfolg der Streikleitung hinreichend, das ganze englische Wirtschaftsleben auf eine andere Grundlage zu stellen. Lloyd George hat es verstanden, die englischen Arbeiter durch weitgehende Zugeständnisse während des Krieges bei der Stange zu halten, er ist ihnen auch nachher ziemlich entgegengekommen, und auch sein letzter Vorschlag mit der nach Produktionsleistung gestaffelten Lohnliste (den man verschämt als Vorschritt der Nationalisierung des Bergbaues bezeichnete) ist ein Erfolg der Gewerkschaften. Sie fordern jetzt aber vollständiges Mitbestimmungsrecht und würden, wenn sie es erlangten, dadurch die Rechte des Parlaments durchbrechen. Dieses Parlament ist zwar erstarrt, weil es in seiner jetzigen Zusammensetzung auf Grund der Siegeswahlen von 1919 durchaus nicht mehr den Volkswillen ausdrückt, eine Neuwahl aber dürfte keineswegs so ausfallen, daß ein Abbau des Parlaments-Evangeliums eine Selbstverständlichkeit wäre. Dazu ist dem Engländer der Glaube an die Heiligkeit des Parlaments zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen. Lloyd George und die Seinen spekulieren ganz richtig, wenn sie in ihrem Kampf gegen die Streikenden von der nationalen Gefahr reden; dieses Argument wirkt bis in die Arbeiterkreise hinein. Eine Erfüllung der Streikforderungen brächte auch in der Tat neben der wirtschaftlichen Umkehrung der englischen Verhältnisse eine solche in politischer und nationaler Hinsicht mit sich.

Es ist ein gigantischer Kampf, und er wird mit der größten Erbitterung geführt werden, denn es geht um die politische Macht. Wir in Deutschland haben aber, das sei betont, keinen Grund, uns über die großen Schwierigkeiten der englischen Regierung zu freuen. Unterliegen die Arbeiter, so wird Deutschland auf dem Wege über Versailles den Ausfall in der Kohlenförderung zu bezahlen haben. Siegen sie, so erschüttert das Echo dieses Sieges das Deutsche Reich vom Ruhrrevier bis nach dem Osten. Und es ist wahrscheinlich genug, daß der nationale Sinn auch der englischen Sozialisten und Bolschewisten sich dann nicht scheuen wird, ebenfalls die Versailler Möglichkeit, Englands Verhältnisse auf Deutschlands Kosten aufzubessern, auszuschöpfen. Ew.

Reichstagsdebatte über die Ausweisung der Russen

Stimmungsbild

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 20. Oktober.

Der Reichstag verhandelte heute über die Ausweisung der russischen Bolschewistenführer Sinowjew und Losowsky. Der rechtliche Vertreter der beiden, der rechtsunabhängige Rechtsanwalt Dr. **Rosenfeld**, hatte die undankbare Aufgabe übernommen, eine verlorene und unhaltbare Sache zu führen. Sein Ton, ein etwas künstliches Pathos, schien auch anzudeuten, daß er sich der Verfehltheit des Unternehmens bewußt war. Wir haben schon klügere Reden von Herrn Dr. Rosenfeld gehört. Was er heute sagte, war erstens schon in der sozialdemokratischen Presse aller Richtungen mehrfach gedruckt gewesen und außerdem nicht einmal teilweise überzeugend. Es konnte unmöglich verfangen, wenn er der deutschen Regierung in feierlichem Tone Wortbruch vorwarf und erklärte, die Beaufsichtigung des Herrn Sinowjew selbst in den intimsten Gemächern sei ein Hohn auf die Menschenrechte. Er zog sich verdientes schallendes Gelächter zu, als er forderte, man solle endlich einmal aufhören, eine geistige Bewegung mit Gewaltmitteln zu bekämpfen. Die Gewalt war in diesem Falle ja durchaus auf der Gegenseite, wenigstens programmatisch. Wenn er in den Ausweisungen den Beginn eines neuen Kampfes der Regierung der Bourgeoisie gegen die deutsche revolutionäre Arbeiterschaft erblicken wollte, so muß sein politisches Auge sehr getrübt sein. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simons gab eine sehr leidenschaftslose, aber sachlich vollkommen erschöpfende Antwort, die sich von jeder unnötigen Schroffheit fernhielt. Er begründete zunächst, warum die deutsche Regierung überhaupt den Russen die Einreise erlaubt hatte. Es sei eine Gegenleistung gewesen zu dem Entgegenkommen der Sowjetregierung bei der Reise deutscher Gewerkschaftsführer nach Rußland. Außerdem erklärte er, er sei sich der Kühnheit dieses Entschlusses wohl bewußt gewesen, aber er halte ihn auch heute noch, nach dem Ergebnis von Halle, für richtig, wobei er allerdings zugeben müsse, daß das Zahlenverhältnis der beiden Hallenser Parteien auch für ihn eine starke Enttäuschung gewesen sei. Im übrigen sagte der Minister das, was jeder vernünftige Mensch in diesem Falle sagen muß. Bemerkenswert war die Schlußwendung, mit der er sich seiner eigentlichen Aufgabe als deutscher Außenminister entledigte und die sich an die russische Regierung und an das russische Volk richtete. Die Ausweisung bedeute eine starke Belastungsprobe für die deutsch-russischen Beziehungen. Aber er hege die Hoffnung, daß die verständigen Elemente der russischen Regierung die Zwangslage der deutschen Regierung einsehen würden. Wärmer wurde sein Ton, als er vom russischen Volke sprach, das gerade heute unserem Volke ganz besonders nahestehe, denn nur mit seiner Hilfe könnten wir wieder hochkommen. Beide Völker müßten unbedingt zusammengehen, welche Regierung auch in Rußland herrschen möge. Er ging mit seinen Höflichkeiten also soweit, wie es nur möglich war, ohne in den früheren Fehler zu verfallen, den er unzweifelhaft beging, als er bei einer anderen Gelegenheit von den aufbauenden Kräften des Bolschewismus sprach. Eine hübsche Pointe sei zum Schluß hervorgehoben. Herr Simons erklärte, sein einfacher Menschenverstand begreife nicht, wie eine Partei sich noch unabhängig nennen könne, nachdem sie die 21 Bedingungen von Moskau angenommen hätte. Bemerkenswert war, daß der Redner der sozialdemokratischen Partei, der alte Bernstein, sachlich erklärte, die den Russen bewilligte Frist sei ja abgelaufen, und daher erübrige sich auch die Frage der Auslieferung.

Mit glatt fließender Ironie verbreitete sich der Deutschnationale Wulle, der heute seine Jungfernrede hielt, über Sinowjew, den er mit Konsequenz nur mit dem Namen Apfelbaum apostrophierte. Daß die Deutschnationalen in dieser wohl nicht ganz unwichtigen Frage nun gerade das antisemitische Register aufgezogen haben, fällt als ein nicht unbeträchtlicher Schatten auf die angebliche Ernsthaftigkeit ihrer Politik. Dr. Bell vom Zentrum ist als ehemaliger Verkehrsminister der geeignete Mann, über Einreiseerlaubnis zu sprechen. Er erteilte der Reichsregierung das Zeugnis einer klugen Handlungsweise. In breiter Ausführlichkeit spricht mit entschiedener Wendung gegen die Linke Dr. Mareţki von der Deutschen Volkspartei. Dr. Petersen von den Demokraten spricht als letzter vom Regierungsblock. Er stellt sich auf den Standpunkt des Zuschauers und ist der Meinung, daß man die Streitigkeiten der Unabhängigen sie unter sich ausmachen lasse. Damit die linke Gruppe der Unabhängigen nicht zum Schaden verurteilt ist, gibt der Abgeordnete Koenen dem Plädoyer Dr. Rosenfelds die erforderliche gegenpolitische Abrundung. Die Mehrheitssozialisten werden von ihm zu kleinbürgerlichen Nationalliberalen abgestempelt. Die Besprechung dehnt sich zu einer unerwarteten Länge aus. Als sie zu Ende ist, beginnt Herr Ledebour seine sorgfältig gesammelten Notizen über das ermüdete Haus auszuschütten. Er dokumentiert den Riß in seiner Partei. Seinen Vorredner und ehemaligen Fraktionsgenossen Koenen bedenkt er mit der Beschimpfung eines kleinen Sowjets und ladet seine trüben Erfahrungen von Halle aus. Gegen ihn wendet sich in persönlicher Bemerkung der Kommunist Dr. Levi, indem er ihn einen Geschäftshelfer der antibolschewistischen Liga nennt. Bei der Abstimmung ergibt sich das merkwürdige Bild, daß der Antrag der Unabhängigen gegen die kommunistischen Gruppen abgelehnt wird. Letzten Endes hat Herr Ledebour den Stimmen dagegen neue zugetragen, damit der Riß in der U. S. P. D. auch äußerlich besiegelt ist. Das Gesetz gegen die Kapitalflucht wird einem Ausschuß überwiesen, und das Haus vertagt sich auf Mittwoch nächster Woche.

(Den Sitzungsbericht siehe Seite 2.)

Englands Vorschüsse an Deutschland

Anerkennung der deutschen Vertragserfüllung.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 20. Oktober.

Im **Unterhaus** erklärte **Bonar Law** auf eine Anfrage, daß die **Erfüllung der Verträge von Versailles**, St. Germain und Neuilly in zufriedenstellender Weise vor sich gehe. Des weiteren gab er die bemerkenswerte Erklärung ab, die englische Regierung befasse sich nicht damit, den ehemaligen deutschen Kaiser in London aburteilen zu lassen. **Chamberlain** gab Auskunft über die **Vorschüsse**, die **Deutschland** auf Grund des Spaer Abkommens, dem es getreu nachgekommen sei, bisher erhalten hat. Der von Großbritannien bis 1. Oktober vorgeschossene Betrag beläuft sich auf 97 510 Pfund Sterling. Infolge der Kohlenlieferungen im Monat September sei am 5. Oktober ein neuer Vorschuß von 982 868 Pfund Sterling bewilligt worden. Mit den Vorschüssen der übrigen Alliierten verglichen, betragen die jenigen Großbritanniens nach den Mitteilungen Chamberlains etwa das Dreifache derjenigen der Ententemächte zusammen.

München, 20. Oktober.

Im Wirtschaftsausschuß des bayrischen Landtags machte der Abgeordnete Dr. **Schlittenbauer** einen Vorschlag, wie die Gefahr der Besetzung des **Ruhrgebiets** beseitigt werden könnte. Nach Dr. Schlittenbauer sollte das Ruhrgebiet in eine wirtschaftliche Einheit zusammengefaßt und für die Kohlenbezirke eine **Beteiligung amerikanischen Kapitals** bis zu 25 Prozent herbeigeführt werden. Dieses amerikanische Kapital würde sich der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich aller Wahrscheinlichkeit nach zu widersetzen wissen.

Baldige Erhebung des Reichsnotopfers

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 20. Oktober.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat sich das Reichskabinett in der letzten Zeit abermals mit der Frage des Reichsnotopfers beschäftigt und einmütig beschlossen, den verschiedentlichen Wünschen nach Aufhebung dieses Gesetzes nicht nachzugeben, sondern, um die Zunahme der Inflation zu bremsen und dem Reiche so rasch wie möglich weitere Einnahmen zu beschaffen, im Gegenteil die alsbaldige Entrichtung eines Teiles des Reichsnotopfers, das nach dem Gesetz allgemein gestundet werden kann, obligatorisch zu machen. Ueber die Höhe dieses Anteils und die Zahlungsfrist sind endgültige Beschlüsse vom Kabinett noch nicht gefaßt worden. Die Frage der Zwangsanleihe, für die das Reichsbankdirektorium eintritt, ist zunächst zurückgestellt worden.

* **Gerüchte vom Rücktritt Lloyd Georges.** „Echo de Paris“ berührt in seinem heutigen Morgenblatt die Möglichkeit des Rücktritts **Lloyd Georges**. Das Blatt berichtet, Sir Edward **Grey** habe durchblicken lassen, daß er eventuell das Präsidium übernehmen würde.

SLUB
Wir führen Wissen.